

TOP: 22

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :Kämmerei

Datum
13.10.2016

Drucksache-Nr.:01-86-2016

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Stadtverordnetenversammlung	03.11.2016					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt gemäß § 27 Abs. 22 Satz 3 UStG, dass die Stadt Kremmen den § 2 Abs. 3 UStG in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 01. Januar 2021 ausgeführten Leistungen weiterhin anwendet.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die rechtswirksame Erklärung beim zuständigen Finanzamt abzugeben.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Schönrock

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Juristische Personen des öffentlichen Rechts (jPöR) sind bislang nach der Regelung des § 2 Abs. 3 UStG nur im Rahmen ihrer körperschaftsteuerlichen Betriebe gewerblicher Art Unternehmer im umsatzsteuerlichen Sinne. Das hoheitliche Handeln von Bund, Länder und Kommunen unterliegt dagegen keiner Umsatzbesteuerung.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 wurde eine Neuregelung beschlossen: Der § 2 Abs. 3 UStG wurde abgeschafft und der § 2 b UStG eingeführt.

Nach dem neuen § 2 Abs. 1 UStG gelten jPöR nicht als Unternehmer, soweit die Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen. Das gilt allerdings nicht, sofern die Behandlung als Nichtunternehmer zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt.

Es ist für die unternehmerische Tätigkeit einer jPöR also künftig entscheidend, ob sie

- auf einer privatrechtlichen Grundlage oder
- auf Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung tätig sind.

Ob ein körperschaftsteuerlicher Betrieb gewerblicher Art vorliegt, ist nicht mehr relevant.

Das Handeln einer jPöR auf privatrechtlicher Grundlage unterliegt zukünftig grundsätzlich der Umsatzsteuer (auch im Bereich der Vermögensverwaltung) und zwar unabhängig von der Höhe des Umsatzes. Erbringt die jPöR die Leistung hingegen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage (z.B. aufgrund eines Gesetzes, einer Satzung oder eines öffentlich-rechtlichen Vertrages), liegt eine hoheitliche Tätigkeit vor, die ann nicht der Umsatzsteuer unterliegt, wenn die Behandlung als Nichtunternehmer nicht zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führt.

Die Neuregelung ist am 01.01.2016 in Kraft getreten und ist auf Umsätze anzuwenden, die nach dem 31.12.2016 ausgeführt werden. Auf Antrag ist die bisherige Regelung des § 2 Abs. 3 UStG für Leistungen bis zum 31.12.2020 weiter anwendbar. Hierzu ist beim Finanzamt eine Erklärung bis zum 31.12.2016 abzugeben, die einheitlich für alle Leistungen gilt und nur mit Wirkung auf den Beginn des folgenden Kalenderjahres widerrufen werden kann.

Die Neuregelung des § 2 b UStG setzt eine zeitnahe Durchführung einer umfassenden Bestandsaufnahme jeder einzelnen Leistungsbeziehung der leistenden jPöR - auch im vermögensverwaltenden Bereich- dahingehend zu bewerten, auf welcher rechtlichen Grundlage die jPöR tätig ist.

Daher ist aus Sicht der Verwaltung die Nutzung der Übergangsregelung sehr sinnvoll.

gez. Kathrin Schönrock
Kämmerin

.....